Neues Forum gegen Arbeitsdienst

BERLIN, 15. November (epd).

Die geplante Zuweisung von Arbeitslosen in kommunale Dienste als Bedingung für die Gewährung von Sozialhilfe sowie die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht hat die Bürgerbewegung Neues Forum in Berlin verurteilt. Auf einer Konferenz zum Thema „Soziale Perspektiven Deutschlands und die Perspektiven einer sozialen Politik“, an der Vertreter von Parteien, Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen, sozialen Projekten und Wissenschaftler teilnahmen, wurde auf Parallelen zu der DDR-Praxis der zwangsweisen Zuteilung von Arbeitsplätzen sowie dem dichten Netz von Pflichtdiensten in der DDR verwiesen.

Die geplante Novelle zum Bundessozialhilfegesetz stelle eine „Entrechtung der Ärmsten der Gesellschaft nach dem Motto: Wer nicht arbeitet, bekommt keine Sozialhilfe“ dar, sagte Bernd Gehrke vom Neuen Forum. Außerdem würden die Arbeitsplätze ganzer Berufszweige durch unterbezahlte „Zwangsarbeiter“ bedroht. Diese Entwicklung werde durch eine Dienstpflicht für Frauen und Männer, durch die der Staat im öffentlichen Dienst Personal- und Lohnkosten sparen wolle, nochmals verstärkt.

Das durch die Konferenz verabschiedete „Sofortprogramm für eine Soziale Politik“ ziele darauf, den Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen in den neuen Ländern zu unterstützen. Mit diesem Programm wolle sich das Neue Forum wieder verstärkt in die öffentliche Diskussion einbringen. Die Organisation habe wie alle Bürgerbewegungen der DDR nach der Wende die breite Basis in der Bevölkerung verloren, sagte Gehrke.

Die Konferenzteilnehmer beschlossen eine bundesweite Kampagne gegen die Bonner Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die von Bürgerinitiativen zusammen mit innerbetrieblichen Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften getragen werden soll.

Die Streichung der unbefristeten Arbeitslosenhilfe als Versicherungsleistung und die Einführung des allgemeinen Arbeitszwanges für Arbeitslose ist dieser Regierung nicht gelungen. Lediglich die sogenannte „originäre Arbeitslosenhilfe“ für Jugendliche, die noch keine drei Jahre gearbeitet hatten, wurde 1994 abgeschafft. Dereinst konnten die Pläne der unter Helmut Kohl gebildeten Koalition aus CDU/CSU und FDP weitgehend vereitelt werden, denn auch die Mehrheit der SPD stand noch auf der Seite der Verteidiger der Freiheitsrechte und der sozialen Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland.
Dies änderte sich mit Gerhard Schröders Aufstieg zum Bundeskanzler grundlegend: Um die reaktionären Ziele von 1994 ein Jahrzehnt später bereitwillig erfüllen zu können, mussten SPD und die Grünen sogar den einst in der Opposition errungenen eigenen Erfolg verleugnen und als *„Reformstau der CDU“* diffamieren, der mit den Hartz-Gesetzen überwunden werden müsse.